

CONV 791/03

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Übersicht über die Änderungsvorschläge betreffend die verstärkte
Zusammenarbeit:**
– **Entwürfe der Artikel von Teil III der Verfassung (Artikel III-318 bis
III-325 ex-Artikel I bis O)**

Die Mitglieder des Konvents erhalten in der Anlage die Übersicht über die Änderungsvorschläge zu den Bestimmungen von Teil III der Verfassung über die verstärkte Zusammenarbeit (Artikel III-318 bis III-325 - ex-Artikel I bis O).

Die Übersicht über die Änderungsvorschläge zu Teil I, Titel V, Artikel I-43 (ex-Artikel 32 b) ist bereits in Dokument CONV 779/03 enthalten.

**ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE BETREFFEND DIE
VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT:**

**TEIL III Artikel III-318 bis III-325 (ex-Artikel I bis O)
der VERFASSUNG**

Teil III: Artikel III-318 bis III-325 (ex-Artikel I bis O)

Artikel III-318: (ex-Artikel I - Besondere Formen der Zusammenarbeit in der GASP)

Artikel [32b] der Verfassung und die Artikel [J bis P] gelten nicht für die in Artikel [30] der Verfassung vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, die eigens durch die Artikel [18 bis 21] (Teil III) der Verfassung geregelt werden.

Änderungsvorschläge

- Die Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit sollte unbeschadet der anderen auf diesem Gebiet bereits vorgesehenen spezifischen Formen der Zusammenarbeit (Art. III-206, 208 und 209, ex-Art. 18, 20 und 21) in den Bereichen der Verteidigung, ausgenommen die Einleitung und die Durchführung von Krisenbewältigungsoperationen, ausgedehnt werden. (*Nr. 1 de Villepin; Nr. 3 Fischer; Nr. 4 Michel + 4*).
- Die Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit auf die Schaffung eines Amtes für Rüstung (Art. III-207, ex-Art. 19) sollte nicht ausgeschlossen werden. (*Nr. 1 de Villepin; Nr. 3 Fischer*)
- Die Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit sollten unbeschadet der spezifischen, hierfür vorgesehenen Bestimmungen im Bereich der Verteidigung angewandt werden. (*Nr. 5 Queiro*).

- Die institutionellen Garantien und die Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit sollten auf die "strukturierte" Zusammenarbeit angewandt werden (Art. III-208, ex-Art. 20). (Nr. 12 Brok + 25 PPE)
- Auslösung der "strukturierten" Zusammenarbeit im Sinne von Artikel III-208 (ex-Art. 20) durch eine einstimmige Genehmigung des Rates. (Nr. 9 Fini und Speroni)
- Die Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit sollten im Bereich der Verteidigung angewandt und die speziellen, in diesem Bereich vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit ausgenommen werden. (Nr. 11 Kiljunen)
- Das Gebiet der Verteidigung sollte aus dem Anwendungsbereich der verstärkten Zusammenarbeit ausgenommen werden. (Nr. 7 Hjelm-Wallen, Lekberg, Petersson, Kvist; Nr. 8 Lennmarker; Nr. 10 Hain)
- Der Bereich der GASP sollte aus dem Anwendungsbereich der verstärkten Zusammenarbeit ausgenommen werden. (Nr. 7 Hjelm-Wallen, Lekberg, Petersson, Kvist; Nr. 9 Lennmarker)
- Die verstärkte Zusammenarbeit sollte nach dem Vorbild des Vertrags von Nizza im Bereich der GASP auf die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts beschränkt werden. (Nr. 6 Roche; Nr. 10 Hain; siehe auch Nr. 10 zu Artikel III-322, ex-Art. M; Lopes + 2)
- Im Bereich der GASP sollte der Artikel 27 B EUV wieder eingeführt werden. (Nr. 6)

Artikel III-319: (ex-Artikel J - Allgemeine Bedingungen)

Eine beabsichtigte verstärkte Zusammenarbeit beachtet die Verfassung und den Besitzstand der Union.

Sie darf weder den Binnenmarkt noch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen. Sie darf für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten weder ein Hindernis noch eine Diskriminierung darstellen noch darf sie zu Verzerrungen des Wettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten führen.

Änderungsvorschläge

- In den ersten Absatz sollte die Beachtung des institutionellen Rahmens der Union als Bedingung aufgenommen werden. (Nr. 5 Michel + 4; Nr. 7)

- Möglichkeit für die Kommission, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Ausnahmen von den im zweiten Absatz vorgesehenen Beschränkungen zuzulassen. *(Nr. 2 de Villepin)*
- Streichung des zweiten Absatzes. *(Nr. 4 Fischer)*
- Ersetzung des zweiten Absatzes durch Artikel 43 EUV (Nr. 6 Queiro); Ersetzung des Artikels durch Artikel 43 EUV in Artikel 43 der Verfassung (ex-Art. 32 b) *(Nr. 8 Lopes + 2)*
- Nichtanwendung der verstärkten Zusammenarbeit bei Beschlüssen des Rates, mit denen ein gemeinsames strategisches Interesse der Union festgelegt wird. *(Nr. 1 Balazs)*

Artikel III-320: (ex-Artikel K - Beziehungen zu den nicht beteiligten Mitgliedstaaten)

Eine beabsichtigte verstärkte Zusammenarbeit beachtet die Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der nicht an der Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten. Diese stehen der Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit durch die daran beteiligten Mitgliedstaaten nicht im Wege.

Änderungsvorschläge

Ersetzung des Artikels durch den in Artikel 43 der Verfassung aufzunehmenden Artikel 43 EUV (ex-Art. 32 b). *(Nr. 3 Lopes + 2)*

Artikel III-321 (ex-Artikel L - Grundsatz der Öffnung)

(1) Bei ihrer Begründung steht eine verstärkte Zusammenarbeit allen Mitgliedstaaten offen, sofern sie die gegebenenfalls in dem Ermächtigungsbeschluss festgelegten Beteiligungsvoraussetzungen erfüllen. Dies gilt auch zu jedem anderen Zeitpunkt, sofern sie neben den genannten etwaigen Voraussetzungen auch den in diesem Rahmen bereits angenommenen Rechtsakten nachkommen.

Die Kommission und die an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Beteiligung möglichst vieler Mitgliedstaaten erleichtert wird.

(2) Die Kommission und gegebenenfalls der Minister für Auswärtige Angelegenheiten unterrichten alle Ratsmitglieder und das Europäische Parlament regelmäßig über die Entwicklung einer verstärkten Zusammenarbeit.

Änderungsvorschläge

- Ersetzung von "erleichtert" ("facilitate") durch "durch geeignete Mittel angeregt und gefördert wird" (encourage and promote by appropriate means") (Nr. 1, Balazs); Hinzufügung von "anregen" ("encourage") (Nr. 5 Roche)
- Streichung der Bezugnahme auf gegebenenfalls festgelegte Beteiligungsvoraussetzungen. (Nr. 5 Roche; Nr. 6 Lopes + 2)

Artikel 322 (ex-Artikel M - Ermächtigungsverfahren)

(1) *Die Mitgliedstaaten, die in einem der unter die Verfassung fallenden Bereiche, mit Ausnahme der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit begründen möchten, richten einen Antrag an die Kommission, in dem der Anwendungsbereich und die Ziele aufgeführt werden, die mit der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit angestrebt werden. Die Kommission kann dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit.*

Die Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird mit einem vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments gefassten Beschluss erteilt.

(2) *Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird der Antrag der Mitgliedstaaten, die untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit begründen möchten, an den Rat gerichtet. Der Antrag wird dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, der zur Kohärenz der verstärkten Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union Stellung nimmt, sowie der Kommission übermittelt, die insbesondere zur Kohärenz der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit mit der Politik der Union in anderen Bereichen Stellung nimmt. Der Antrag wird ferner zur Unterrichtung dem Europäischen Parlament übermittelt.*

Die Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird mit einem vom Rat mit qualifizierter Mehrheit gefassten Beschluss erteilt.

Änderungsvorschläge

- Mehrere Änderungsvorschläge zielen darauf ab, das Ermächtigungsverfahren zu vereinfachen, indem vorgeschlagen wird, dass eine verstärkte Zusammenarbeit dann eingeleitet werden kann, wenn die Kommission einen Antrag einer bestimmten Zahl von Mitgliedstaaten genehmigt hat, es sei denn, es liegt ein vom Rat mit qualifizierter Mehrheit oder ein vom Europäischen Parlament mit überqualifizierter Mehrheit getroffener gegenteiliger Beschluss vor. In denselben Änderungsvorschlägen wird empfohlen, dass die Kommission auch dann einen Vorschlag für eine verstärkte Zusammenarbeit unterbreiten kann, wenn vorher kein entsprechender Antrag von Mitgliedstaaten gestellt wurde (und unbeschadet der freien Entscheidung der Mitgliedstaaten bezüglich ihrer Beteiligung daran) (Nr. 1 de Villepin; Nr. 3 Michel + 4; Nr. 6 Fischer).

- Auf dem Gebiet der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen könnte eine Gruppe von Mitgliedstaaten einen Antrag direkt dem Rat vorlegen, wenn die Kommission keinen Vorschlag in diesem Sinne vorlegt (*Nr. 1 de Villepin; Nr. 7 Haenel*). Das Europäische Parlament würde von diesem Antrag in Kenntnis gesetzt (seine Zustimmung wäre nicht mehr erforderlich) (*Nr. 7 Haenel*).
- Möglichkeit, den Antrag vor den Europäischen Rat zu bringen, der in anderen Bereichen als der GASP einstimmig beschließt (*Nr. 4 Queiro*); der einzig im Bereich der GASP einstimmig beschließt (*Nr. 9 Hain*).
- Im Bereich der GASP muss die Ermächtigung durch den Rat durch einen einstimmig gefassten Beschluss erteilt werden (*Nr. 4 Queiro; Nr. 11 Muscardini*). Einstimmigkeit auch in allen Bereichen außer der GASP (*Nr. 11 Muscardini*).
- Im Bereich der GASP sollte das Europäische Parlament gehört und nicht nur informiert werden (*Nr. 3 Michel + 4*).
- Im Bereich der GASP kann eine Ermächtigung lediglich die Durchführung einer Maßnahme der Union betreffen (siehe oben), (*Nr. 10 Lopes + 2*).
- In einem Änderungsvorschlag wird dem Minister für auswärtige Angelegenheiten eine Rolle eingeräumt, die bezüglich des Ermächtigungsverfahrens im Rahmen der GASP mit der Rolle der Kommission identisch ist (*Nr. 8 Beres, Duhamel und Fayot*).

Artikel III-323 (ex-Artikel N - Verfahren für die spätere Beteiligung anderer Mitgliedstaaten)

(1) *Jeder Mitgliedstaat, der sich einer verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat, der Kommission sowie gegebenenfalls dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten seine Absicht mit.*

Die Kommission bestätigt binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung die Beteiligung des betreffenden Mitgliedstaats. Dabei stellt sie gegebenenfalls fest, dass etwaige Beteiligungsvoraussetzungen erfüllt sind, und sie erlässt die für notwendig erachteten Übergangsbestimmungen zur Anwendung der im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit bereits erlassenen Rechtsakte.

Ist die Kommission jedoch der Auffassung, dass etwaige Beteiligungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, so gibt sie an, welche Maßnahmen zur Erfüllung dieser Voraussetzungen getroffen werden müssen, und legt eine Frist für die erneute Prüfung des Antrags auf Beteiligung fest. Bei der erneuten Prüfung des Antrags fasst die Kommission ihren Beschluss nach Unterabsatz 2. Ist die Kommission der Auffassung, dass etwaige Beteiligungsvoraussetzungen immer noch nicht erfüllt sind, so kann der betreffende Mitgliedstaat mit dieser Frage den Rat befassen, der mit qualifizierter Mehrheit gemäß Artikel [32 b Absatz 3] der Verfassung einen Beschluss fasst. Der Rat kann außerdem auf Vorschlag der Kommission die genannten Übergangsbestimmungen festlegen.

(2) *Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt der Rat die Teilnahme des betreffenden Mitgliedstaats nach Anhörung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten. Er stellt gegebenenfalls fest, dass etwaige Beteiligungsvoraussetzungen erfüllt sind. Der Rat kann auf Vorschlag des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten ferner Übergangsbestimmungen festlegen. Ist der Rat jedoch der Auffassung, dass etwaige Beteiligungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, gibt er an, welche Maßnahmen zur Erfüllung dieser Voraussetzungen getroffen werden müssen, und legt eine Frist für die erneute Prüfung des Antrags auf Beteiligung fest.*

Für die Zwecke dieses Absatzes beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit gemäß Artikel [32 b Absatz 3] der Verfassung.

Änderungsvorschläge

- Streichung der Befassung des Rates, nachdem die Kommission ein zweites Mal abgelehnt hat, dem Antrag der Mitgliedstaaten auf Ermächtigung zu einer verstärkten Zusammenarbeit stattzugeben (Nr. 3 Michel + 4; Nr. 6 Lopes + 3).
- Streichung der Bezugnahme auf die eventuellen objektiven Beteiligungsvoraussetzungen (Nr. 4 Queiro; Nr. 5 Roche).
- Für die an einer verstärkten Zusammenarbeit Beteiligten Schaffung der Möglichkeit, sich aus dieser Zusammenarbeit zurückzuziehen (Nr. 4 Queiro).

Artikel III-324: (ex-Artikel O - Finanzierung)

Die sich aus der Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit ergebenden Ausgaben, mit Ausnahme der Verwaltungskosten der Organe, werden von den beteiligten Mitgliedstaaten finanziert, sofern der Rat nicht mit allen seinen Mitgliedern nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig Anderes beschließt.

Änderungsvorschläge

- Änderung des Verfahrens, um auf den Gemeinschaftshaushalt zurückgreifen zu können, d. h. ein Genehmigungsverfahren (anstelle eines vom Rat einstimmig gefassten Beschlusses) (*Nr. 1 de Villepin*).

Artikel III-325: ex-Artikel P - Grundsatz der Kohärenz

Der Rat und die Kommission stellen sicher, dass die im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit durchgeführten Maßnahmen untereinander sowie mit den Politiken der Union im Einklang stehen, und arbeiten entsprechend zusammen.

Änderungsvorschläge

Keine Änderungsvorschläge.
